FDP Werra-Meißner

GROTEPASS: BUNDESPOLIZEI-STANDORT IN ROTENBURG MUSS ERHALTEN BLEIBEN

15.05.2023

Der FDP-Landtagskandidat für den Wahlkreis 10, Max Grotepaß, spricht sich für einen Verbleib der Bundespolizei in Rotenburg aus. Bisher ist der Standort nur bis zum Jahr 2031 gesichert. „Das scheint zwar noch etwas weiter in der Zukunft zu liegen, doch müssen jetzt die Planungen für die Zeit danach beginnen“, so Grotepaß.

Eine Weiternutzung der ehemaligen Alheimer-Kaserne hätte viele wichtige Effekte für die Region und würde auch die notwendige Planungssicherheit für privatwirtschaftliche Investitionen bringen. Doch letztlich würden alle Seiten profitieren. Schließlich fände die Polizei hier auch beste Bedingungen in zentraler Lage mitten in Deutschland vor.

Die bisherigen, hohen Investitionen des Bundes seien sehr positiv für die Stadt, aber noch lange keine Garantie für den Erhalt des Standorts.

Zuständig für die Bundespolizei ist das Bundesinnenministerium. „Wir bitten Innenministerin Faeser um die Zusage, dass die Bundespolizei auch über die zehn Jahre hinaus in Rotenburg bleibt“, so Grotepaß. Wenn das nicht möglich sein sollte, solle die Ministerin erklären, was sie plant.

Der HNA gegenüber hatte Faeser jüngst erklärt, sie könne sich ein Ministerium in Nordhessen vorstellen. „Bei der Bundespolizei hätte sie aber jetzt schon die Möglichkeit, aktiv Strukturpolitik zugunsten des ländlichen Raums zu betreiben. Als politische Entscheidungsträgerin könnte sie sofort zeigen, dass sie es mit der Förderung des ländlichen Raums ernst meint“, so Grotepaß abschließend.

Abgerufen am 28.11.2026 unter https://werra-meissner.fdp-hessen.de/?p=4147